









Halle und Saalkreis. Stablhelm-Rummel.

Halle, den 18. Juni 1923.

Uns wird von Arbeiter-Banden der „Staatsfreunde“ geschrieben:

Doch der Stablhelm immer wieder, doch er sich immer besser militärisch organisiert, das brauchen wir wohl der halbkreis Arbeiterkraft und der Polizei zum Schutze der Republik nicht erst noch mitteilen. Aber es geschieht nichts dagegen. Die halbkreis Arbeiterkraft berufen, nicht, fünfmal gepöbeln, ist sie unfähig, etwas dagegen zu unternehmen. Die Polizei? Der ein Teil der Beamten und vor allem fast alle höheren Offiziere harmonieren mit dem Stablhelmband. Der andere Teil der Beamten möchte wohl einschreiten, aber stets hört man: „Wir haben keine Funktionen!“ Und das ist ja sehr verständlich bei der Einstellung ihrer Vorgesetzten. Es bleibt also dabei: der Stablhelmband hat freie Bahn und führt seine Verführungen in aller Ruhe durch. Kommt man jetzt des Sonntagsabends zum Bahnhof, so sieht man immer daselbst die Stablhelmband nicht seine Leute nach auswärts zu den „Räumen“ gehen. Während werden dann die „Räume“ im Bahnhofsvorraum ihren Angehörigen bekräftigt mit dem Ziel, das heute jeder Gastgeizigen hat und hier „Saalkreis am Stablhelm, Schwarz-Weiß-Mat das Band“. Geschlossen geht dann der Zug in die Stadt. Am vorletzten Sonntag, nachts 12 Uhr, besch man sogar die Freiheit, bei der Bahnhofsmaschine anzufragen, ob der Zug mit Witz durch die Stadt marschieren würde. Doch nicht geschah. Der Zug, etwa 800 Mann in Helmbau und Stablhelm, bewegte sich dann streng militärisch geschlossen vom Bahnhof nach der Marienstr. und wurde dann dort, nach einem Rohrmarfch im Paradeschritt, aufgelöst.

Gestern Abend nun wieder Stablhelm-Rummel auf dem Bahnhof. Bei unserer Ankunft wieder das Ziel: „Saalkreis am Stablhelm“. Wir selbst gingen nun allerdings der Sperre aus und zu fingen. Sofort war ein Beamter der Polizei der Republik da und verbot uns das Singen. Wir hörten auf, verlangten nun aber energisch das Einschreiten gegen die Stablhelmband, die ruhig weitergehen durften. Doch nicht geschah. Der Beamte ging darauf nicht ein, sondern wollte hinter der Sperre beschreiben. Eine nachmalige Aufforderung, einzufrieden, beantwortete er mit der Versicherung eines Wandergegners, dem er sagte, er lese sich alle Vorschriften machen. Als wir alle mit zur Sache abgaben, erzieute aus dem Bahnhofsvorraum: „Die Verträge unterschreiben werden wir gemacht“. Als die Polizeiverkärung eintrat, nicht etwas gegen die Stablhelmband, sondern gegen die Leute, die angeblich die Polizeiverträge unterschreiben wollten, war alles ruhig und der Stablhelmband beschworen.

Doch was am gestrigen Sonntag. Am nächsten Sonntag ist der große Stablhelmtag in Eisenberg. Was der Polizei der Republik mit am Sonntagabend im Bahnhofsvorraum. Das Singen werden bieten oder bei der Stablhelm das alleine Recht dazu? Wir werden ja leben!

Schwurgericht.

Eine neue Schwurgerichtsperiode hat heute unter dem Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Willmann begonnen, der als Verhandlungsleiter allseitig gen. gehen ist. Er behnt die Sitzung nicht unruhig in die Länge. Trotz aller Grundlichkeit, mit der er den Auftrieb aufzudecken sucht, schreitet die Verhandlung unter seiner Leitung sehr vorwärts, noch in erster Linie darauf zurückzuführen ist, daß er die Urteile gründlich bekräftigt. Widerspruch zwischen früherer und neuer Auslegung sofort selbigen. Fragen nicht so oft oder dreimal in verschiedenen Variationen wiederholt und alles ausführlich und absolut nicht zur Sache gehört. Fragen und knapp sind die Fragen, und er bringt auf prägnante, nicht unverständliche Antworten. Dabei überzieht er keineswegs das Psychologische. Er laßt in der Seele des Angeklagten zu forschen, um Klarheit über das Motiv der Tat zu gewinnen. Kurz, klar und anschaulich ist auch die Rechtsprechung. Als Geschworene wirken: 1. Ingenieur Richard Galle (Halle); 2. Dachdecker Adolf Gebhardt (Halle); 3. Stabst. Bauingenieur Hermann Juchacz (Halle); 4. Malermeister Kurt Diebler (Halle); 5. Major a. D. Joachim Dierke (Halle); 6. Klempnermeister Karl Bredt (Halle); 7. Kraftfahr. Paul Büffel (Halle); 8. Eisenbahnarbeiter Otto Eising (Halle); 9. Bankier Willi Schumann (Halle); 10. Maschinenfabrikant Gustav Berner (Halle); 11. Polizeikommissar Martha Wagnan (Halle); 12. Schriftf. Arthur Rattermann jun. (Halle); 13. Ingenieur Otto Gerbitz (Halle); 14. Kaufmann Max Wriedner (Halle); 15. Fabrikant Wilhelm Wolf (Halle); 16. Verlagsbuchhändler Paul Goldschmidt (Halle); 17. Sportplatz-Wächter Otto Heuerlauf (Halle); 18. Ausschreiber Friedrich Reind (Weidburg); 19. Landw. Karl Bracht (Braunshewe); 20. Bankier Fritz Strump (Weidburg); 21. Gärtnermeister Gustav Rodede (Ammenborn); 22. Rentier Franz Weidlich (Brinnitz); 23. Zimmermann Wilhelm Donath (Amersdorf); 24. Kaufmann Will Mühlhoff (Merseburg); 25. Bahnamteiler Aug. Jungmann (Sölettau); 26. Maurer Karl Gonzad (Ammenborn); 27. Dreher Ludwig Weikemeier (Weidburg); 28. Fleischermeister Hugo Einicke (Weidburg); 29. Kaufmann Joh. Geig (Weidburg); 30. Doktor Karl Köhn (Weidburg). Die Geschworenenliste enthält also nur zwei Arbeiter, die vermutlich im Falle der Auslösung von der Staatsanwaltschaft auch noch abgelagert werden können. Dafür sind die Richter und Beamten um so zahlreicher vertreten.

Parteiadrachten.

Freuenerammlung.

Am Mittwoch, dem 20. Juni, abends 7 1/2 Uhr, findet eine außerordentliche Frauennitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, Zimmer 1, statt. In dieser Versammlung wird die Stablhelmband Folge einen Vortrag über „Militäre Befähigung und Fortschritt“ halten. Das Ereignis sämtlicher Frauen ist bringend erwünscht.

Der Vorstand.

Wichtige Funktionadrachten.

Partei-funktionäre, Gewerkschafts- und Parteifunktionäre des KPD, haben am Dienstag, dem 19. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im „Volkspark“ eine wichtige Funktionadrachten. Die Mitglieder des ersten Vorstandes sowie des Bildungsausschusses müssen bereits um 7 Uhr anwesend sein.

Der Vorstand.

Privatisierung der Eisenbahnen?

Von Alex Müller,

Bezirksamteiler der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -angewandter, Halle.

Durch das bekannte Schreiben des Reichsverbandes der deutschen Industrie im Mai 1923 wurde die Frage der Privatisierung der Eisenbahnen in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt. Die Reichs- und Staatsverwaltungen sollten auf das Verlangen der 18 Industriegenossenschaften nach privatrechtlichen Grundbesitz „regeneriert und bauseitig betrieben werden“. Es wird dann noch Meinung der Industrie möglich sein, aus diesen Betrieben in absehbarer Zeit jährlich allein 600 Millionen Goldmark als Ueberschuß herauszubekommen.

Das ist nicht allein die Meinung der im Reichsverband vertretenen Industrie, sondern auch die Meinung der Regierung. Und an Stelle der jetzt bestehenden Bestimmung „in absehbarer Zeit“ steht die Regierung in ihrem Memorandum vom Mai 1923 sogar einen bestimmten Termin. Vom 1. Juni 1927 an soll das Reichsbesitzvermögen aufzunehmende Pfandrecht mit 6 Prozent verzinster Goldmark sichergestellt. Diese Leistung bedingt aber, doch nicht allein im deutschen Wirtschaftsleben eine Neuorientierung, was greifen möchte, sondern doch auch die gesamte wirtsch. Bevölkerung in einen Strudel sich stetig erneuernd und unerschütterlich wieder der Schwerkraft der Wirtschaft hineingetrieben würde.

Es nützt nichts, wenn gewisse Kreise mit dem Gefühl und mit tiefen Gedanken an diese für die Volkswirtschaft entscheidende Frage herantreten. Man muß auch den Mut aufbringen, eine Umgestaltung des Eisenbahnbetriebes in all seinen wirtschaftlichen, verkehrswirtschaftlichen, sozialen und staatspolitischen Auswirkungen bis zu Ende zu denken. Das bewußte ich in der großen öffentlichen Arbeit und bei den Reformplänen von Industrie und Landwirtschaft.

Wirtschaftlich darf zunächst nicht bezweifeln werden, daß die Reichsbahnen sich jetzt eines Erwerbsunternehmens sein könnten. Sie haben die Aufgabe, den Verkehr zu bewerkstelligen. Den wirtschaftlichsten ist ein solches Unternehmen, bei dem selbstverdienliche Erzeugnisse gefertigt, die die Produktion und Produktion der Privatwirtschaft nicht lernen. Man verlangt man Anpassung der Frachtpreise und der Fahrkartenpreise an die jeweilige Geldwertveränderung, also Einführung der festen Friedenspreise. Das bedeutet eine Erhöhung der Frachtpreise um Hunderte von Prozenten. Man müßte sich vorstellen, daß die Erzeugnisse der Erzeugungsbetriebe die Preise auf fallen zu Objekten in die Höhe schellen, die uns heute schwebeln macht. Ein Beispiel: das jetzt in Übertrag und heruflühend werden kann: Eine Schnellzugskarte 8. Klasse von Berlin nach Hamburg kostet 1923 10 Mk. Heute erhebt man sie mit den neuesten Aufschlägen für 18 400 Mk. Das heißt ein Dollar und von 80 000 bezogen, ergibt sich ein Friedenspreis von - 200 000 Mark!

Wenn man sich die Frachtpreise umrechnet, ergibt sich ein ebenso trasses Bild. In bemessenen privatrechtlichen Wütermaßen, in dem sich die Eisenbahntarife erhöhen, treten auf allen anderen Gebieten die gleichen Erhöhungen in Erscheinung. Der Reichs-

trage wird also immer der Verbraucher sein. Er muß die Höhe zahlen, nicht Industrie, Handel, Gewerbe oder Landwirtschaft. Auch die Eisenbahngewerkschaften vertreten länger Zeit den Standpunkt der Inanspruchnahme der Tarife an die jeweilige Geldwertveränderung, nur mit der entscheidenden Einschränkung, daß gewisse Bestimmungen verbindlich müssen, doch die gerade erdrückende Last der Erhöhungen teilhaftig auf die Arbeiterkraft abgewälzt wird. Wie wird eine solche gesetzliche Einschränkung in einer Reichsbahn möglich sein, die Privatwirtschafts-

betriebe in der Hand? Verkehrsähnlich werden sich die Privatbahnen nicht den Verkehrsbedürfnissen anpassen, sondern nur den Profitbedürfnissen. Das führt nicht nur zu einer allgemeinen Einschränkung im Verkehrsverkehr (der sich allerdings um Schließung der Verkehrsbedürfnisse nicht herauskommen, wenn die Privatbahnen an einer vollkommenen Vernachlässigung verkehrswirtschaftlicher Bedürfnisse dem in den länderlichen Verkehr werden nicht einmal die Lasten geben).

Somit wird die Beamtenkraft im besonderen und die deutsche Wirtschaft im allgemeinen in Anspruch und unter Druck zu geraten. Das ist für die Beamtenkraft (nicht nur bei der Eisenbahn) alle mit dem Berufsstand zusammenhängenden Interessen und Eitelstellungen dahin, ist für sie sehr klar. Aber das große soziale Problem beginnt in dem Moment, in dem die neue Privatverwaltung der Eisenbahnen erklären wird: „Wir können aus dem Verfallzustand nicht herauskommen, wenn die Betriebe gestellt bleiben an die Verordnungen des Reichsfinanzministeriums und die Bestimmungen des Reichsfinanzministeriums, durch die die Hälfte mehr Personal beschäftigt werden sollen, als der Betrieb und seine Rentabilität gestattet.“ Das ist ein offener, unerbittlicher Kampf um soziale und menschliche Rechte - nicht nur bei den Eisenbahnen, nein, bei allen gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern Deutschlands.

Und dann ist sozialpolitisch! Ich erinnere an die Kampagne. Das sagt genug. Oder sollte ich betonen, daß die Eisenbahnen die verdinglichende Neuerung sind? Wer glaubt, daß bei einem Militärstand die Meiste die Republik führen, die heute so laut nach Privatisierung rufen? Wer die Privatisierung nicht befürchtet, der ist unglücklich! Und was für Waffen hätte die Regierung? Die unglückseligen Könige des deutschen Volkes haben mit den Eisenbahnen auch das politische Recht bei in ihrer Hand.

All das muß man sich rechtlich überlegen, wenn man heute die Privatisierung der deutschen Eisenbahnen befürwortet. Es ist ein Schritt von ungeheurer, folgenschwerer Tragweite! Darum hoffen wir, daß die deutsche Regierung nicht gehen wird und daß sie auch daran denkt, daß die deutsche (sozialistische) Eisenbahn vor dem großen Verfall eine Privatbetriebe war, der erhebliche Ueberschüsse erzielen konnte.

Film und kleine Bühne.

H. Z. Leisiger Straße. Der Name ist reichlich nicht. „Seltene“ klingt nicht gut, aber der Epitaph einer Hochalpinen und Kette wird jetzt vornehm sein. Nicht immer können diese Gedächtnisse aus den Zeiten des Dalais, aber weil es sich hier um eine Lebensgeschichte um so tragischer. Weil die Handlung sich, so wenig mit Stoffgeschichte bezieht, gut ausnimmt, die Darstellung immerhin eine beachtliche Leistung ist, verleiht der Film nicht eine tiefergehende Wirkung. „Im Schatten des Helms“. Das wichtigste Spiel der Bühne steht im Vordergrund. Bei der Handlung, die hier abgehandelt wird, hat der Held ein weibliches Gefährt. Das weibliche Gefährt, das hier abgehandelt wird, hat ein weibliches Gefährt. Das weibliche Gefährt, das hier abgehandelt wird, hat ein weibliches Gefährt. Das weibliche Gefährt, das hier abgehandelt wird, hat ein weibliches Gefährt.

Saalkreis.

Ammenborn, Dienstag, den 19. Juni, abends 8 Uhr, in der „Warte“, Galtische Straße. Mitgliederversammlung, 1. Vortrag über das Weltall; 2. Stellungnahme zum Parteiprogramm und 3. Bericht. Es wird gebeten, die Frauen unbedingt mitzubringen. Der Vorstand.

Ammenborn, Stadtverordnetenversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende bekannt, daß Stadtr. Knauß sein Mandat niedergelegt hat, an dessen Stelle wurde Dr. E. Thorne einberufen. Am weitestgehenden wurde die Bestimmung der Stabschefen Spar und Grotzsch mit der Sparkasse des Saalkreises besprochen. Bei der Ausübung konnte man feststellen, daß die Stabschefen bescheiden. Verchiedentlich stimmten sie mit dem Bestehen der Bürgermeisters über ein, der zwar nicht anwesend war, aber seine schon fast gehörte Meinung schriftlich niedergelegt hatte, woraus zu entnehmen war, daß er ein großer Gegner der Sache ist. Sein Gegenstand ist, daß er die Sozialrechte ausgeben muß und nicht mehr als Vorstand und Aufsichtsrat dienen kann. Der Gen. E. Thorne und G. Thorne präparierten den Standpunkt unserer Partei in vorzüglicher Weise. Die Vorlage wurde schließlich doch einstimmig angenommen. Wiederum fand die Einrichtung einer Kontrollstelle zur Tagesordnung. Nach ausgiebigen Ausführungen des Genossen Schlichter wurde, nachdem die Vorlage in einer der letzten Sitzungen infolge Verzögerung durch den Bürgermeister abgelehnt war, die Einrichtung beschlossen. Ferner wurde der Standesleben der hiesigen Arbeiter von 450 Mk. auf 1800 Mk. erhöht und für Mai eine 100prozentige Nachzahlung beschlossen. Wiederum fand ein Antrag des Arbeitervereins, den Gemeinderat um eine Entschädigung für die Tage der Gemeinderat zu bitten, was einstimmig angenommen wurde. Die Sitzung wurde durch den Vorsitzenden geschlossen.

Ammenborn, am 16. Juni gegen 1/8 Uhr nachmittags entstand auf dem Marktplatz eine Schlägerei zwischen zwei männlichen Personen, welche eine Menschenanammlung von etwa 100 Personen zur Folge hatte. Die Beteiligten der Tat sind fest gestellt - Am 17. Juni mitternachts entstand in der Nähe der Hauptstraße eine Schlägerei zwischen mehreren Personen. Bei dieser Schlägerei trug ein Arbeiter eine kostbare Wunde an der linken Kopfteile davon. Es entstand eine Menschenanammlung von etwa 300 Personen. Die Urheber der Schlägerei konnten nicht ermittelt werden.

Ammenborn, am 16. Juni, fand in der Leisiger Straße in der Nähe des Friedhofes ein einseitiges Treffen mit einem Personenaufzug, an dem ein Arbeiter von einem Aufzugführer, der die Deichsel des Seils trug, nach Augenmaß auf die Schuld des Kraftwagenführers treffen.

Ammenborn, am 16. Juni, fand in der Leisiger Straße ein 12-jähriges Mädchen in der Auguststraße aus Unachtsamkeit in das Winterbad eines Fußwunders und wurde dabei am rechten Unterarm und am Fuß leicht verletzt. Das Kind wurde der elterlichen Wohnung zugeführt und kam in ärztliche Behandlung. Dem Aufseher des Fußwunders trifft keine Schuld.

Reichswirtschaftsminister a. D. Robert Schmidt

spricht am Donnerstagabend im „Volkspark“ über:

Die Ueberwindung des Lebens im Reparationskrieg?

